Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Mittwoch, 10. Dezember 2025
Ausgabe 236
ru.muenchen.de
Als Newsletter oder Push-Nachricht unter muenchen.de/ru-abo

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise für Medien **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **3**
› „Altstadt für alle“: Neuordnung des Straßenraums beschlossen 3
› Vision Zero: Maßnahmen der Verkehrssicherheitsarbeit vorgestellt 5
› Feuerwerksverbot am Tierpark zum Jahreswechsel 2025/2026 7
› Kommunalpolitische Initiative „Migration als Chance begreifen!“ 8
› Neue Wegstrecke beim Krampuslauf durch die Altstadt 9
› „X Gallery“ im Rathaus zur Förderung lokaler Künstler*innen 11
› Monacensia: Diskussion „Literarische Kreativität und KI“ 12
› Vortrag „PV-Anlagen: Prüfung, Wartung und Taubenschutz“ 13
Stadtkämmerei in eigener Sache **14**
Antworten auf Stadtratsanfragen **15**

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise für Medien

Wiederholung
Donnerstag, 11. Dezember, 17.45 Uhr, Festsaal im Alten Rathaus
Bei der diesjährigen Preisverleihung von „Münchens ausgezeichnete Unternehmen“ ehrt Bürgermeisterin Verena Dietl Unternehmen, die sich vorbildlich für die Stadtgesellschaft eingesetzt haben. Von den eingegangenen Bewerbungen haben es zwölf Unternehmen in die engere Auswahl geschafft und wurden für die Auszeichnung nominiert. Die Projekte, Initiativen und Programme zeigen, wie vielfältig, kreativ und innovativ das Engagement von Unternehmen sein kann.
Achtung Redaktionen: Die Veranstaltung mit Gästen aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und dem gemeinnützigen Sektor ist auch als Foto- und Interviewtermin geeignet.

Sonntag, 14. Dezember, 14.30 Uhr, Augustinerstraße
Dr. Christian Scharpf, Referent für Arbeit und Wirtschaft, begrüßt vor dem Krampuslauf entlang des Münchner Christkindlmarkts den Organisator des Laufs Tom Bierbaumer, Obmann der 1. Münchner Krampusgruppe „Sparifankerl Pass“, sowie alle teilnehmenden Gruppen.
Achtung Redaktionen: Der Termin ist für Film- und Fotoaufnahmen geeignet.
(Siehe auch unter Meldungen)

Sonntag, 14. Dezember, 17 Uhr, Odeonsplatz
Stadtrat Delija Balidemaj (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters ein Grußwort im Rahmen der Kundgebung „Gemeinsam gegen den Krieg – Weihnachtsdemo – Menschen sind keine Zielscheiben“.

Montag, 15. Dezember, 16 Uhr, St.-Jakobs-Platz
Bürgermeister Dominik Krause spricht ein Grußwort beim Entzünden der Chanukka-Lichter. Es ist eine jahrtausendalte jüdische Tradition, an allen acht Chanukka-Tagen ein Licht zu entzünden, beginnend am ersten Chanukka-Abend, so dass am letzten Abend von Chanukka der Leuchter mit allen Lichtern erstrahlt.

Bürgerangelegenheiten

Mittwoch, 17. Dezember, 19 Uhr, Aula des städt. Berufsschulzentrums, Elisabethplatz 4 (Zugang ist nicht rollstuhlgerecht)
Sitzung des Bezirksausschusses 4 (Schwabing-West).

Mittwoch, 17. Dezember, 19.30 Uhr, Kulturhaus Milbertshofen, Curt-Mezger-Platz 1 (Zugang ist rollstuhlgerecht)
Sitzung des Bezirksausschusses 11 (Milbertshofen-Am Hart).

Meldungen

„Altstadt für alle“: Neuordnung des Straßenraums beschlossen
(10.12.2025) Der Mobilitätsausschuss des Stadtrats hat heute dem Beschlussentwurf „Altstadt für alle“ des Mobilitätsreferats grundsätzlich zugestimmt. Dadurch wird der Straßenraum in der Altstadt neu geordnet, damit künftig mehr Platz vor allem für Fußgänger*innen zur Verfügung steht und mehr Grün- und Freiflächen für Erholung und Aufenthalt entstehen können. Die Mobilität soll optimiert werden: Fuß- und Radverkehr, die öffentliche Feinerschließung, der Wirtschaftsverkehr, die Verkehre für die Ver- und Entsorgung und der motorisierte Individualverkehr werden sinnvoll aufeinander abgestimmt. Das Mobilitätsreferat wurde vom Mobilitätsausschuss, vorbehaltlich der Zustimmung in der Vollversammlung, beauftragt, mit der Erarbeitung eines konkreten Konzepts im Graggenauer Viertel und im östlichen Angerviertel zu beginnen.
Ziel von „Altstadt für alle“ ist es, langfristig eine gemeinwohlorientierte, verkehrssichere und barrierefreie Altstadt zu entwickeln, die gleichzeitig für den Handel, die Logistik, die Dienstleistungs- und Handwerksbetriebe, für Kultur-, Bildungs-, Gastronomie- und Tourismusbetriebe sowie für den Gesundheitssektor erreichbar ist. Der Parkraum für Autos, Fahrräder, Sharing-Angebote und E-Tretroller wird neu geordnet; Anwohnende können weiter in der Altstadt parken. Der Durchfahrtsverkehr und der Parksuchverkehr sollen durch das neue Konzept in der Altstadt reduziert werden.
Kern des Beschlusses ist eine Unterscheidung der Straßen in der Altstadt in die Kategorien Stadtstraßen, Altstadtstraßen und Fußgängerzonen. Die Stadtstraßen sind weiterhin für den allgemeinen Kfz-Verkehr vorgesehen. Sie erschließen die Altstadt beispielsweise für Besucher*innen, die dann direkt zu den Parkgaragen geleitet werden. Hierzu entwickelt das Mobilitätsreferat ein neues stadtweites, digitales und zukunftsfähiges

Parkleitsystem. In Stadtstraßen darf mit einer Ausnahmegenehmigung geparkt werden (beispielsweise Anwohnende, Menschen mit Behinderung, Handwerker*innen etc.). Altstadtstraßen hingegen dienen vor allem der Erschließung für Anwohnende und den Wirtschaftsverkehr. Darüber hinaus sollen sie nur bei konkreten Anliegen befahren werden; etwa für kurze Halte bei Arztpraxen, Hotels, Geschäften oder Gewerben. Vorbild hierfür ist die „zona traffico limitato", die in italienischen Städten häufig die Zufahrt zur Altstadt beschränkt. Auch in Altstadtstraßen darf mit einer Ausnahmegenehmigung geparkt werden.
Die Fußgängerzonen bleiben mit ihren bestehenden Regelungen, etwa für die Befahrung des Lieferverkehrs, wie bisher erhalten.
Oberbürgermeister Dieter Reiter: „Mit ‚Altstadt für alle' machen wir einen großen Schritt hin zu einer lebenswerteren Münchner Innenstadt. Wir schaffen mehr Raum für Menschen, die zu Fuß unterwegs sind – mit mehr Grün, mehr Aufenthaltsqualität und einer gerechteren Aufteilung des öffentlichen Raums. Gleichzeitig bleibt unsere Altstadt natürlich gut erreichbar – für Anwohnerinnen und Anwohner, für den Handel, für Handwerksbetriebe und für alle, die hier arbeiten oder einkaufen. Ich freue mich, dass wir diesen Weg gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft gehen. Denn eine Altstadt, die für alle da ist, stärkt den Zusammenhalt und die Lebensqualität in unserer Stadt."
Mobilitätsreferent Georg Dunkel: „Der heutige Beschluss ist ein Meilenstein für die Altstadt. Mit dem im Rahmen eines intensiven Beteiligungsprozesses entwickelten Konzeptes und dem jetzt vorliegenden Stadtratsauftrag können wir den begrenzten Raum in der historischen Altstadt künftig effizienter nutzen. Ich bedanke mich bei allen, die sich an der Entwicklung des Konzepts so intensiv beteiligt haben – beim Stadtrat, der Münchner Wirtschaft, den zahlreichen Bürger*innen, unseren Auftragnehmer*innen und natürlich meinen Mitarbeiter*innen im Mobilitätsreferat, die bei der Entwicklung der ‚Altstadt für alle' neue Wege in der Verkehrsplanung beschritten und innovative Lösungen gefunden haben."
Das Konzept „Altstadt für alle" war von einem umfangreichen Beteiligungsverfahren in den Jahren 2023 und 2024 begleitet worden. Neben der Beteiligung der breiten Öffentlichkeit diskutierten die relevanten Akteur*innen regelmäßig in der „Fachrunde Mobilität". Im Bürgerpanel konnten 30 repräsentativ ausgewählte Bürger*innen ihre Ideen formulieren. Es gab einen interaktiven Workshop für Kinder und Runde Tische mit ausgewählten Akteursgruppen, um konfliktträchtige Themen zu diskutieren und zu lösen. Mit diesem Beschluss als Grundlage wird das Mobilitätsreferat die detaillierte Ausarbeitung in einem ersten Teilbereich dem Graggenauer Viertel und östlichen Angerviertel, beginnen. Auch für diesen Schritt ist eine umfangreiche Beteiligung der Anwohnenden, Stakeholder und ortsansäs-

sigen Betriebe geplant. Das Mobilitätsreferat informiert diese nach der Beschlussfassung über die weiteren Schritte.
2019 hatte der Stadtrat den Grundsatzbeschluss zur Autofreien Altstadt und zum Altstadt-Radlring beschlossen (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 14478 vom 26.6.2019). Das Mobilitätsreferat übernahm nach seiner Gründung im Jahr 2021 die Bearbeitung des komplexen und umfangreichen Stadtratsauftrags.

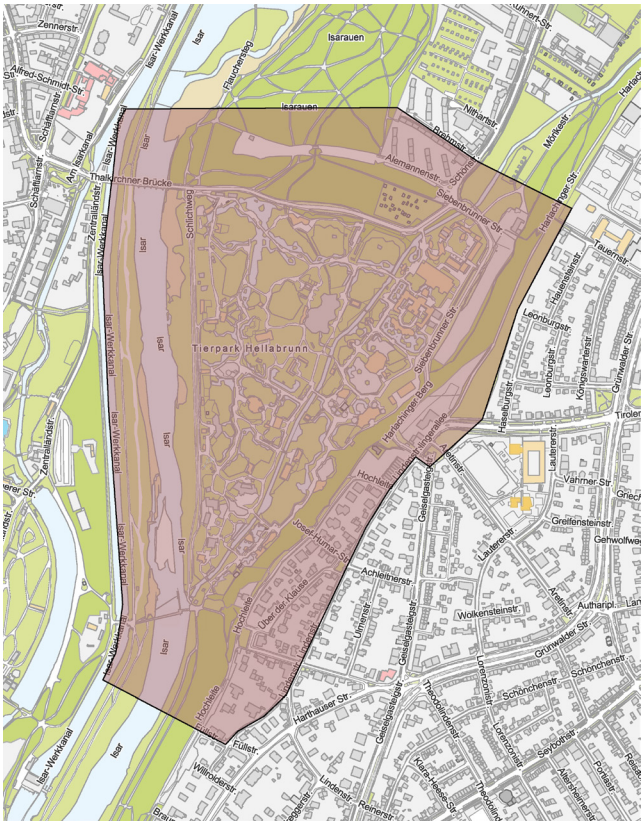
Vision Zero: Maßnahmen der Verkehrssicherheitsarbeit vorgestellt
(10.12.2025) Mehr Tempo 30, sichere Querungsmöglichkeiten und entschärfte Kreuzungen: Dies sind nur drei von sehr vielen Maßnahmen, mit denen das Mobilitätsreferat den Verkehr in München noch sicherer macht. Das Ziel: keine Schwerverletzten oder Getöteten mehr im Straßenverkehr. In der heutigen Sitzung des Mobilitätsausschusses des Stadtrats hat das Mobilitätsreferat von der Entwicklung des Unfallgeschehens in München berichtet und bereits umgesetzte sowie geplante Maßnahmen und Schwerpunkte der Verkehrssicherheitsarbeit auf dem Weg zur Vision Zero vorgestellt. Im Jahr 2018 hatte der Stadtrat die Vision Zero als Grundlage der Verkehrssicherheitsarbeit der Stadt München beschlossen.
Oberbürgermeister Dieter Reiter: „Die Sicherheit aller Menschen, die auf Münchens Straßen unterwegs sind, hat für uns oberste Priorität. Deshalb verfolgen wir die sogenannte Vision Zero, also das Ziel, dass es in naher Zukunft keine Verkehrstoten oder Schwerverletzten auf unseren Straßen mehr gibt. Zugegeben, das ist kein leichtes Unterfangen, aber die Stadt Helsinki macht uns vor, dass Vision Zero wirklich erreichbar ist. Zugleich zeigt uns das Beispiel aus dem hohen Norden aber auch, dass es einen langen Atem und ein ganzes Bündel an Maßnahmen braucht, um dieses Ziel zu erreichen. Jeder kleine Schritt zu mehr Verkehrssicherheit ist ein Schritt in die richtige Richtung – zum Schutz der Münchner*innen im Straßenverkehr."
Mobilitätsreferent Georg Dunkel: „Jede im Straßenverkehr verletzte oder getötete Person ist eine zu viel. Deshalb ist die Vision Zero das übergreifende Ziel unserer täglichen Arbeit und all unserer Maßnahmen. Die Vision Zero zu erreichen, gleicht eher einem Langstreckenlauf als einem Sprint; das zeigt auch der Blick in andere Städte. Dennoch glauben wir fest daran und haben seit Bestehen des Mobilitätsreferats viel dafür getan: IT-Tools zur Unfallanalyse wurden modernisiert, mehr Tempo 30 eingeführt, Projekte wie Schulstraßen vorangetrieben, Kreuzungen entschärft und viele kleine und große Maßnahmen umgesetzt. So wird der Straßenverkehr in München immer sicherer, daran arbeiten wir auch weiterhin engagiert."
Die Verkehrssicherheitsarbeit des Mobilitätsreferats – reaktiv wie präventiv – wird am Mobilitätsverhalten der Münchner*innen und an den Unfalldaten

ausgerichtet. Mehr als die Hälfte der Wege werden in München zu Fuß (33 Prozent) oder mit dem Fahrrad (21 Prozent) zurückgelegt. Zudem waren zwei Drittel der Verkehrstoten und Schwerverletzten zwischen 2010 und 2024 zu Fuß oder auf dem Rad unterwegs. Fußgänger*innen verunglücken meist beim Überschreiten von Straßen, Radfahrer*innen bei Abbiege- oder Kreuzen-Unfällen. Im Fokus der Verkehrssicherheitsarbeit muss daher die Frage stehen, wie gerade diese Gruppen, also Fußgänger*innen, Radfahrer*innen geschützt werden können. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei Senior*innen und Kindern.
Eine wichtige Rolle spielt dabei die Unfallkommission im Mobilitätsreferat: Das Expertengremium mit Fachleuten aus dem Mobilitätsreferat, dem Baureferat und dem Polizeipräsidium München analysiert Örtlichkeiten, an denen es zu schweren Unfällen oder Unfallhäufungen gekommen ist. Das Ziel ist deren Entschärfung durch Markierungen, Beschilderungen oder bauliche Änderungen. Die Unfallkommission bearbeitet im Jahr rund 40 Örtlichkeiten und führt etwa 100 Ortstermine durch. Ein Beispiel hierfür ist die Kreuzung von Innsbrucker Ring und Bad-Schachener-Straße, an der die Ampelschaltung angepasst, die Fahrbahn neu markiert und die Radwegfurten rot eingefärbt wurden.
Damit es gar nicht erst zu Unfällen kommt, arbeitet das Mobilitätsreferat präventiv zudem intensiv an der Verbesserung der Straßeninfrastruktur. Dazu gehören sichere Querungsmöglichkeiten, separate Radwege oder Geschwindigkeitsreduzierungen vor Schulen, Kindertagesstätten oder Altenheimen. Auf über 70 Prozent der Münchner Straßen gilt heute bereits Tempo 30.
Die stadtinterne Arbeitsgruppe „Sichere Knotenpunkte“ überprüft außerdem kontinuierlich die Münchner Kreuzungen und verbessert sie schrittweise. Im Jahr 2023 wurden zehn Knotenpunkte priorisiert, die derzeit entschärft werden oder bereits sind. So konnten hier beispielsweise Unfallhäufungsstellen in der Maximilian- und der Müllerstraße entschärft werden.
Ein weiterer Schwerpunkt der Verkehrssicherheitsarbeit im Mobilitätsreferat ist der Rückbau sogenannter „freilaufender Rechtsabbieger“. Dort können Autofahrer*innen meist ohne Ampel rechts abbiegen und dabei leicht bevorrechtigte Fußgänger*innen und Radfahrer*innen übersehen. Von insgesamt 143 solcher Abbiegefahrstreifen wurden 33 bereits mit Ampeln ausgestattet und sieben baulich umgestaltet; 35 weitere sind in Planung oder Umsetzung. Die übrigen gelten als unauffällig oder haben keinen Rad- oder Fußweg. Hinzu kommen Pilotprojekte wie die Radwegeinfärbung an Haltestellen, die Grünzeitverlängerung für Fußgänger*innen oder die Einführung von Schulstraßen, um die Sicherheit zu verbessern.

Speziell um die Belange der jüngsten Verkehrsteilnehmenden kümmert sich das Sachgebiet „Schulwegsicherheit“. Neben einer sicheren Infrastruktur rund um Schulen und andere Einrichtungen für Kinder und Jugendliche spielt hierbei auch die Aufklärung und Mobilitätsbildung eine zentrale Rolle. Das Mobilitätsreferat arbeitet hierfür mit der Arbeitsgemeinschaft Schulwegsicherheit des Gemeinsamen Elternbeirats zusammen, organisiert Wettbewerbe wie „Fit in die Schule, fit für die Zukunft“, Projekte wie den „Bus mit Füßen“ und betreut die ehrenamtlichen Schulweghelfer*innen.
Begleitet wird die planerische und infrastrukturelle Arbeit von der Kampagne „Merci Dir“. Die Kampagne zeigt die Maßnahmen der Stadt für mehr Verkehrssicherheit auf und regt auch mit Mitmachformaten zu Verhaltensänderung, mehr Rücksichtnahme im Straßenverkehr und verkehrssicherem Verhalten an. Die Kampagne soll auch künftig weitergeführt werden.

Feuerwerksverbot am Tierpark zum Jahreswechsel 2025/2026
(10.12.2025) Zum Jahreswechsel 2025/2026 wird es erstmals ein Feuerwerksverbot im näheren Umgriff des Tierparks Hellabrunn geben, um dessen wertvollen Tierbestand zu schützen. Eine entsprechende Allgemeinverfügung, die das Abbrennen pyrotechnischer Gegenstände verbietet, wurde heute im Amtsblatt veröffentlicht. Der Tierpark Hellabrunn spielt eine wichtige Rolle in internationalen Zucht- und Erhaltungsprogrammen, die es im Interesse der Artenvielfalt und im Hinblick auf zukünftige Generation zu sichern gilt.
Weiterhin verboten bleibt zum Jahreswechsel 2025/2026 das Mitführen und Abbrennen von Feuerwerkskörpern in der Fußgängerzone der Altstadt, einschließlich Marienplatz, Stachus und Viktualienmarkt. Innerhalb des Mittleren Rings gilt ein Böllerverbot für pyrotechnische Gegenstände mit ausschließlicher Knallwirkung. Bei Verstößen drohen Bußgelder.
Eine gesetzliche Grundlage für Kommunen, die Verbotszonen beispielsweise auf den Bereich rund um das Tierheim auszuweiten oder ein generelles Abbrennverbot von Pyrotechnik in der gesamten Stadt zu erlassen, existiert derzeit nicht. Die Stadt München appelliert deshalb an die Bürger*innen, verantwortungsvoll mit privatem Feuerwerk umzugehen.
Oberbürgermeister Dieter Reiter: „Rund um den Tierpark Hellabrunn sind Böller und Raketen in diesem Jahr verboten – eine gute Nachricht für alle Tierfreundinnen und Tierfreunde und ein wichtiger Schritt für den Tierschutz. Ich hätte das Verbot auch gern um das Tierheim und andere Bereiche erweitert, aber dazu fehlen uns leider die gesetzlichen Möglichkeiten. Ich hoffe, dass wenigstens das Verbot um den Tierpark dazu führt, dass die Tiere dort an Silvester nicht so sehr in Stress geraten wie in der Vergangenheit.“

Kreisverwaltungsreferentin Dr. Hanna Sammüller: „Silvester ist zum Feiern da. Doch in der Vergangenheit kam es im Bereich des Tierparks Hellabrunn zu gefährlichen Situationen für die Tiere. Das neue Feuerwerksverbot soll dem wertvollen Tierbestand Rechnung tragen und einen sicheren Jahreswechsel ermöglichen."
Dr. h.c. Rasem Baban, Vorstand und Tierparkdirektor der Münchener Tierpark Hellabrunn AG: „Wir begrüßen das neue Feuerwerksverbot rund um den Tierpark sehr. Es ist ein wichtiges und verantwortungsvolles Zeichen für den Schutz unseres wertvollen Tierbestands, reduziert etwaige Gefährdungsrisiken unserer tierischen Bewohner und unterstützt somit unsere Aufgaben hinsichtlich Tierwohl und Artenschutz. Ich danke allen Bürgerinnen und Bürgern, die zu einem sicheren und ruhigen Jahreswechsel beitragen und damit gemeinsam mit uns Verantwortung für die Tiere und ihre Zukunft übernehmen."



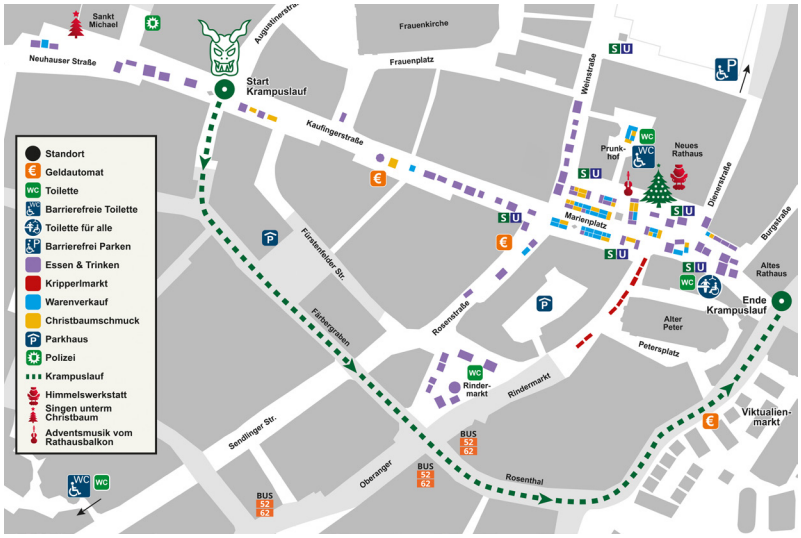
Die Feuerwerksverbot am Tierpark zum Jahreswechsel 2025/2026

Kommunalpolitische Initiative „Migration als Chance begreifen!"
(10.12.2025) Anlässlich des heutigen Internationalen Tags der Menschenrechte hat Bürgermeisterin Verena Dietl die Initiative „Aufruf aus den Kommunen an die Bundesregierung: Migration als Chance begreifen!"

unterzeichnet. Die kommunalpolitische Erklärung appelliert an die Bundesregierung, Integration als gemeinsame Investition in die Zukunft Deutschlands zu verstehen und durch eine vernünftige und menschliche Flucht- und Migrationspolitik zu unterstützen. Hierzu zählten eine verlässliche Finanzierung durch den Bund, um Aufnahme und Integration von Geflüchteten nachhaltig zu gestalten und eine schnellere Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Zudem müssten Menschenrechte in Asylverfahren eingehalten und vulnerable Gruppen wie Kinder und traumatisierte Menschen besonders geschützt werden. Gefordert wird außerdem, dass Bund und Länder den sozialen Wohnungsbau stärken. Weitere Forderungen betreffen eine bessere Koordinierung bei der Verteilung schutzsuchender Menschen sowie die Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements.
Bürgermeisterin Verena Dietl: „In den Städten und Gemeinden findet Integration statt. Hier erleben wir täglich, wie Menschen, die zu uns kommen, unsere Stadtgesellschaft bereichern. Wir als Kommunen können zeigen: Migration ist eine Chance, wenn wir sie aktiv gestalten. Dafür brauchen wir die richtigen Rahmenbedingungen von Bundes- und Landesebene, vor allem verlässliche Finanzierung, schnellere Arbeitsmarktintegration und menschenwürdige Aufnahmebedingungen."
Im Juli 2019 hatte der Stadtrat beschlossen, dem deutschlandweiten Bündnis „Städte Sicherer Häfen" beizutreten und damit die Landeshauptstadt München zum Sicheren Hafen zu erklären. Die derzeit 125 Mitgliedskommunen stehen für eine offene und solidarische Gesellschaft, in der jeder Mensch die Chance auf ein sicheres und würdevolles Leben hat.
Die Stadt Frankfurt hat den kommunalpolitischen Appell der Sicheren Häfen unter dem Motto „Migration als Chance begreifen!" initiiert und ihn zum heutigen Tag der Menschenrechte veröffentlicht.
Der Internationale Tag der Menschenrechte wird jährlich am 10. Dezember begangen und erinnert an die Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen im Jahr 1948. Dieser Tag bietet eine Gelegenheit, das Bewusstsein für die grundlegenden Menschenrechte zu schärfen, die jedem Menschen zustehen, unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Glauben. Der Tag dient auch dazu, auf die fortwährenden Herausforderungen und Verletzungen der Menschenrechte weltweit aufmerksam zu machen und den Einsatz für deren Schutz und Förderung zu stärken.

Neue Wegstrecke beim Krampuslauf durch die Altstadt
(10.12.2025) 25 Krampus-Gruppen aus Bayern, Österreich und Südtirol ziehen am Sonntag, 14. Dezember, von 15 bis 17 Uhr durch die Münchner Altstadt. Auch heuer werden mehr als 300 Mitwirkende erwartet. Neu in

diesem Jahr ist der Laufweg. Von der Augustinerstraße ziehen die Krampusse, Perchten und Klausen über die Straßen Färbergraben, Rosental und Viktualienmarkt bis zum Alten Rathaus.



Laufweg für den Krampuslauf: Start und Aufstellung ist in der Augustinerstraße, von dort geht's über den Färbergraben, das Rosental und den Viktualienmarkt zum Alten Rathaus.

Die altbairische Tradition des Krampuslaufens geht auf die christlich-mythologischen Figuren des gütigen Bischofs Nikolaus und seines dunklen Begleiters Krampus zurück, der „schlechte Zeitgenossen" und „ungezogene" Kinder bestrafte. In München ist dieser Brauch bereits seit 1740 dokumentiert, als sogenannte „Klaubaufe" durch die Stadt zogen.
Mittlerweile braucht sich jedoch niemand vor den „wilden Gesellen" zu fürchten. Tom Bierbaumer, Leiter der Münchner Krampusgruppe „Sparifankerl Pass", betont, dass der Münchner Krampus ein lustiger Teufel sei, den man beim Schaulauf bestaunen und sogar anfassen kann. Er komme nicht, um unartige Kinder zu rügen, sondern um gute Laune zu verbreiten.
Auch der Heilige Nikolaus, der traditionell vom Krampus begleitet wird, nimmt am Umzug teil und bildet das Schlusslicht.
Dieses mehr als 500 Jahre alte traditionelle alpenländische Brauchtum wird weiterhin von zahlreichen, meist jungen Menschen lebendig gehalten. Die Münchner Krampusgruppe „Sparifankerl Pass" läuft seit der Premiere des Krampuslaufs in München seit 2004 jedes Jahr mit.
Achtung Redaktionen: Die Karte mit dem Laufweg kann auch heruntergeladen werden unter *https://go.muenchen.de/krampuslauf2025*.
(Siehe auch unter Terminhinweise)

„X Gallery“ im Rathaus zur Förderung lokaler Künstler*innen
(10.12.2025) Ab sofort gibt es im Rathaus in der Dienerstraße einen temporären Kunstraum mit dem Namen „X Gallery“, in dem Werke von Münchner Künstler*innen zu Preisen zwischen 50 und 500 Euro angeboten werden. Ziel der bis zum 23. Dezember bestehenden Pop-Up-Galerie ist es, die Sichtbarkeit lokaler Künstler*innen zu stärken und der Stadtgesellschaft einen niedrigschwelligen Zugang zu erschwinglicher Kunst zu ermöglichen. Die Verkaufserlöse gehen dabei zu 100 Prozent an die Künstler*innen. Realisiert wurde das Projekt vom Geschäftsführer der Münchner Kultur GmbH, David Boppert, mit den Partner*innen Sophie-Charlotte Bombeck vom WOW-Museum, Tobias Sehr von Munich Art sowie Silke Markefka und Nikolai Vogel in Zusammenarbeit mit Kreativ München – dem Team der Stadt für die Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft.

Bild links (v.li.): Der Leiter von Kreativ München Dr. Olaf Kranz, Wirtschaftsreferent Dr. Christian Scharpf und die Organisatoren der X-Gallery, David Boppert, Nikolai Vogel, Sophie-Charlotte Bombeck sowie Tobias Sehr. Bild rechts: Wirtschaftsreferent Dr. Christian Scharpf und der Initiator David Boppert in der X-Gallery. (Fotos: LHM / Alexander von Spreti)

Dr. Christian Scharpf, Referent für Arbeit und Wirtschaft: „Mit der Pop-Up-Galerie für zeitgenössische Kunst im Neuen Rathaus stärken wir nicht nur den lokalen Kunstmarkt, sondern bieten den Münchnerinnen und Münchnern auch einen preislich attraktiven Zugang zu lokal geschaffener Kunst. Durch diese Initiative – die eine gute Ergänzung zum Münchner Christkindlmarkt darstellt – schaffen wir Sichtbarkeit und Absatzmöglichkeiten für lokale Kunstschaffende. So fördern wir die kulturelle Vielfalt und wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt.“
„Dank des Teams von Kreativ München ist es gelungen, in einem extrem kurzen Zeitraum eine Pop-Up-Galerie für die wunderbaren Werke Münchner Künstler*innen auf die Beine zu stellen. Ich freue mich, dass es uns

gelungen ist, die schöpferische Kraft der Münchner Künstler*innen in der Vorweihnachtszeit sichtbar und der Stadtgesellschaft zugänglich zu machen und zugleich für zusätzliches Einkommen zu sorgen. Genau das zusammenzubringen, bereitet große Freude", so David Boppert.

Über Kreativ München

Kreativ München – als referatsübergreifend arbeitendes Team, gemeinsam getragen vom Kommunalreferat, Kulturreferat und Referat für Arbeit und Wirtschaft – fördert die Münchner Kultur- und Kreativwirtschaft und ist zentrale Anlaufstelle für alle kultur- und kreativschaffenden Unternehmer*innen und Selbständigen. Ziel ist es, die Rahmenbedingungen für die Branche in allen elf Teilmärkten entlang der gesamten Wertschöpfungskette zu verbessern. Das Team bietet kostenfreie Beratungen bei unternehmerischen Herausforderungen, organisiert Qualifizierungsformate, vernetzt mit anderen Kreativunternehmen und Branchen, verbessert die Sichtbarkeit der Kultur- und Kreativbranche und unterstützt Unternehmer*innen bei der internationalen Markterschließung und der Suche nach leistbaren Räumen. Mehr Infos unter *kreativ-muenchen.de*.

Achtung Redaktionen: Bildmaterial (© LHM / Alexander von Spreti) von der Eröffnung der „X Gallery" kann unter *https://dap.muenchen.de/index.php/s/PyV6ikzoyOQGTgv* heruntergeladen werden.

Monacensia: Diskussion „Literarische Kreativität und KI"

(10.12.2025) Am Montag, 15. Dezember, 19 Uhr, lädt die Monacensia im Hildebrandhaus, Maria-Theresia-Straße 23, zur Abschlussveranstaltung der Schreib-Residency 2025 ein. Unter dem Titel „Literarische Kreativität und Künstliche Intelligenz" diskutieren der Autor Jonas Lüscher und die Medienwissenschaftlerin Mercedes Bunz über das Verhältnis von Sprache, Kunst und maschineller Intelligenz.

Künstliche Intelligenz (KI) kann Muster erkennen und reproduzieren – aber versteht sie auch, was sie da erzeugt? Welche ästhetischen Chancen eröffnet KI, welche Risiken birgt sie für den literarischen Raum? Und wie verändert sich das Verständnis von Kreativität in einer datengetriebenen Gegenwart?

Der mehrfach ausgezeichnete Autor Jonas Lüscher wurde 2025 mit dem Wilhelm-Raabe-Preis für seinen Roman „Verzauberte Vorbestimmung" (Hanser) geehrt. Bereits in „Kraft" (C.H. Beck) setzte er sich kritisch mit den Ideologien des Silicon Valley auseinander. Mercedes Bunz, Professorin für Digitale Kultur und Gesellschaft am King's College London, forscht zu KI, Machtstrukturen und digitalen Wissensordnungen und ist Mitbegründerin des Creative AI Lab. Moderiert wird das Gespräch von Elvira Steppacher, Autorin und aktuelle Schreibresidentin der Monacensia.

Der Eintritt ist frei, eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Die Schreib-Residency der Monacensia wird bis einschließlich 2025 durch die C.H. Beck Kulturstiftung ermöglicht. Weitere Informationen zur Monacensia unter *www.monacensia.org*.
Achtung Redaktionen: Pressekontakt per E-Mail an monacensia.presse@muenchen.de.

Vortrag „PV-Anlagen: Prüfung, Wartung und Taubenschutz“
(10.12.2025) Das Bauzentrum München lädt in Kooperation mit der Münchner Volkshochschule (MVHS), am Montag, 15. Dezember, 18.30 Uhr, ein zum Vortrag „Photovoltaik-Anlagen: Prüfung, Wartung und Taubenschutz“. Die Teilnahme ist kostenfrei. Veranstaltungsort ist die MVHS Nord, Am Hart, Troppauer Straße 10. Eine Anmeldung ist erforderlich unter *https://t1p.de/t6zck*. Infos zur Anmeldung unter *mvhs.de/anmeldung-beratung*.
Auch gut installierte Photovoltaikanlagen benötigen eine regelmäßige Wartung und eine Überprüfung im vierjährigen Rhythmus, damit sie ordnungsgemäß und sicher betrieben werden können. Janko Kroschl, Diplom-Ingenieur für Elektrotechnik, erläutert die verschiedenen Prüfmaßnahmen: beginnend mit der elektrischen Prüfung von Isolation, Überspannungsschutz und Einspeiseleistung, über die mechanische Prüfung der Anschlusskabel auf dem Dach – beispielsweise auf Schäden durch Marderbiss oder Tauben – bis hin zur Prüfung der Erdungskabel und Anschlüsse. Die Überprüfung basiert auf rechtlichen Grundlagen und ist im Schadensfall Voraussetzung für eine Entschädigung durch Versicherungen. Weitere Informationen zum Bauzentrum unter *muenchen.de/bauzentrum* und *veranstaltungen.muenchen.de/bauzentrum*.

Stadtkämmerei in eigener Sache

Beauftragung von Partnerschaften Deutschland
(10.12.2025) Zur heutigen Berichterstattung der Abendzeitung nimmt die Stadtkämmerei wie folgt Stellung:

Die Landeshauptstadt München ist im Dezember 2024 auf Beschluss des Stadtrates (Nr. 20-26 / V 15489) dem Gesellschafterkreis von Partnerschaften Deutschland (PD) beigetreten.
Partnerschaften Deutschland ist eine auf die Beratung der öffentlichen Hand spezialisierte Gesellschaft, deren Gesellschafterkreis ausschließlich aus öffentlichen Auftraggebern besteht. Hierzu gehören als Hauptgesellschafter der Bund, eine Vielzahl an Bundesländern sowie von kommunaler Seite mehrere Großstädte und die kommunalen Spitzenverbände.
Auf Beschluss des Stadtrats (Nr. 20-26/V 14937) wurde PD von der Stadtkämmerei mit einer Analyse des Verwaltungshaushalts beauftragt. Ziel ist es, die bereits in den vergangenen Haushaltsbeschlüssen und von Oberbürgermeister Reiter mit Verfügung vom 11. Juli 2024 angemahnte und von einem Großteil der Referate bereits begonnene Aufgabenkritik zu unterstützen und dem Stadtrat entsprechende Vorschläge vorzulegen. Gegenstand der Aufgabenkritik ist vereinfacht gesagt eine Analyse der städtischen Prozesse mit Blick auf das „Ob" und „Wie". Aus Sicht der Stadtkämmerei liegen die Vorteile der Beauftragung von PD in deren detaillierter Kenntnis des Verwaltungshandelns und der Möglichkeit, durch die deutschlandweite Tätigkeit von PD, Lösungen einzubringen, die andernorts bereits erfolgreich erprobt sind. Zielsetzung ist es, wie im Haushaltsbeschluss vom Dezember 2024 dargestellt, mittelfristig einen Überschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit von bis zu einer Milliarde Euro im aktuellen Finanzplanungszeitraum zu erwirtschaften. Ein solcher Überschuss ist dringend erforderlich, um der mit den notwendigen Investitionen einhergehenden Verschuldung entgegenzuwirken.
In der ersten Jahreshälfte 2025 wurden alle Referate über die konkrete Ausplanung des Projektes informiert. Zwischenzeitlich fanden mit allen Referaten innerhalb des Projektes intensive Austausche und Workshops statt. Alle Stadtratsfraktionen wurde im Rahmen des Haushaltsseminars der Stadtkämmerei im November über den Fortgang des Projektes und den Zeitplan informiert. Trotz des, für ein Projekt dieser Größe ambitionierten Zeitplanes werden die konkreten Ergebnisse – wie zu Beginn des Projektes angekündigt – Anfang des zweiten Quartals 2026 vorliegen, damit der neue Stadtrat dies in seine Überlegungen mit einbeziehen kann. Was von den im Rahmen des Projektes erarbeiteten Vorschlägen umgesetzt werden soll, wird durch den Stadtrat der Stadt München entschieden.

Rathaus Umschau
10.12.2025, Seite 14

Antworten auf Stadtratsanfragen

Mittwoch, 10. Dezember 2025

Digitalisierung mit sozialem Fokus – Mitarbeitende in städtischen Heimen entlasten
Antrag Stadtrats-Mitglieder Judith Greif, Clara Nitsche, Felix Sproll, Andreas Voßeler (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste), Roland Hefter, Barbara Likus, Lars Mentrup, Lena Odell, Dr. Julia Schmitt-Thiel und Micky Wenngatz (SPD-Fraktion) vom 6.6.2025

Kreative Zwischennutzung im U-Bahnhof Freiham
Antrag Stadtrats-Mitglieder Alexandra Gaßmann, Heike Kainz und Winfried Kaum (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 6.10.2025

Digitalisierung mit sozialem Fokus – Mitarbeitende in städtischen Heimen entlasten
Antrag Stadtrats-Mitglieder Judith Greif, Clara Nitsche, Felix Sproll, Andreas Voßeler (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste), Roland Hefter, Barbara Likus, Lars Mentrup, Lena Odell, Dr. Julia Schmitt-Thiel und Micky Wenngatz (SPD-Fraktion) vom 6.6.2025

Antwort Andreas Mickisch, Personal- und Organisationsreferent:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist.

Sie beantragen:
„Das Personal- und Organisationsreferat wird in enger Abstimmung mit dem RIT und dem Sozialreferat beauftragt, eine elektronische Schichtplanung (Workforce-Management) für städtische Heime und Kitas einzuführen. Ein konkreter Zeitplan mit Ressourcen- und Schulungskonzept wird dem Stadtrat vorgelegt."

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, teilen wir Ihnen auf diesem Wege zu Ihrem Antrag vom 6.6.2025 Folgendes mit:

Für eine elektronische Schichtplanung (Personaleinsatzplanung) bietet sich die im Rahmen des Projektes Workforce-Management (WFM) beschaffte Software ASES (auch WFM genannt) der Firma ATOSS an, welche bereits für die Zeiterfassung im gesamten Geltungsbereich der DV-Flex 2.0 sowie als Personaleinsatzplanung bei der Branddirektion eingeführt ist.

Die Einführung der Personaleinsatzplanung in der Branddirektion wurde größtenteils durch die Firma ATOSS durchgeführt, da die städtischen Kolleg*innen mit der Zeiterfassung im DV-Flex-Bereich betraut waren. Daher wurde im Rahmen des Folgeprojektes WFM-Next der Fokus darauf gelegt, die internen Kolleg*innen auch für die Administration von Personaleinsatzplanungen zu befähigen. Im Zuge dessen wurden drei weitere Bereiche integriert (KVR- Kommunaler Außendienst, GSR- Schulgesundheit und RAW- Touristeninfo). Die Einführung der Personaleinsatzplanung im Sozialreferat konnte hingegen nach zwei ersten Workshops aufgrund begrenzten Budgets, knapper Ressourcen und der limitierten Projektlaufzeit im Projekt vorerst nicht fortgeführt werden.

Es ist geplant, alle weiteren Personaleinsatzplanungen im Betrieb einzuführen, sowie die weiteren städtischen Bereiche, die nicht Teil der DV-Flex 2.0 sind, soweit sinnvoll, in die elektronische Zeiterfassung mit Workforce-Management aufzunehmen.
Dazu werden verschiedene Varianten erstellt, die eine zielgerichtete Planung ermöglichen. Da die Verwendung des Systems unbedingt im bereitgestellten Standard erfolgen muss, sind insbesondere auch organisatorische Veränderungen in den Referaten zu diskutieren. Beispielsweise wäre ein Beitritt zur DV-Flex 2.0 ein einfacher Schritt, das System in noch nicht teilnehmenden Bereichen auszurollen. Genauso ist teilweise individuell zu prüfen, inwieweit die im System bestehende technische Personaleinsatzplanung die Arbeitszeitrealität vor Ort abbilden kann.

In der IT-Portfolioplanung für 2026 sind dazu Rollouts geplant.

Die städtischen Heime des Sozialreferates sind in dieser Betrachtung prioritär vorgemerkt, auch die städtischen Unterkünfte des Sozialreferates sind bei zukünftigen Planungen berücksichtigt, sodass dort im Jahr 2026 die Einführung der Personaleinsatzplanung erfolgen kann.

Im Bereich KITA des Referates für Bildung und Sport besteht nach wie vor sehr großes Interesse an einer digitalen Lösung für die Arbeitszeiterfassung im Erziehungsbereich. Hier scheiterten Umsetzungen in der Vergangenheit vor allem am Fehlen eines für eine Arbeitszeiterfassung geeigneten digitalen Zugangs der Kolleg*innen. Dieser ist zum einen mit dem sogenannten „Zugang für Beschäftigte“ mittlerweile gegeben. Zum anderen vereinfacht die WFM-App auf privaten Endgeräten die Nutzung deutlich. Grundsätzlich ist der Bereich KITA auch an einer Personaleinsatzplanung interessiert. Die Voraussetzungen vor Ort fließen in die oben genannten Planungen mit ein.

In welchen Bereichen der LHM der Rollout darüber hinaus einfach oder am meisten nutzbringend ist, wird derzeit noch ermittelt. Diese Analysen und Planungen werden im POR zusammen mit dem IT-Referat parallel im Laufe des Jahres 2026 erstellt, sodass im Anschluss weitere Rollouts stattfinden können.

Wir sind daher zuversichtlich, dass künftig noch weitere Bereiche der Stadtverwaltung von der erfolgreichen Einführung unseres elektronischen Zeiterfassungssystems profitieren können.

Um Kenntnisnahme der vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Kreative Zwischennutzung im U-Bahnhof Freiham
Antrag Stadtrats-Mitglieder Alexandra Gaßmann, Heike Kainz und Winfried Kaum (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 6.10.2025

Antwort Baureferat:

In Ihrem Antrag vom 6.10.2025 fordern Sie die Stadtverwaltung auf, unter Einbeziehung des Kulturreferats und des Kompetenzteams Kultur- und Kreativwirtschaft, für das derzeit im Bau befindliche Vorhaltebauwerk der U-Bahn in Freiham, nach dessen Fertigstellung bis zu einer Inbetriebnahme eines U-Bahnhofs, kreative Zwischennutzungen zu prüfen. Diese können insbesondere künstlerische Aktivitäten wie Ausstellungen, Ateliers und Werkstätten für bildende Künstler, Band- und Musikproberäume aber auch andere immissionsintensive Nutzungen sein. Eine Aufteilung in verschiedene Ebenen und Abschnitte ist dabei mit zu prüfen.

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, erlauben wir uns, Ihren Antrag mit Schreiben zu beantworten und teilen Ihnen Folgendes mit:

Die mit den Beschlüssen vom 6.12.2022 (Sitzungsvorlage Nr. 20-26/V 02486) und 5.12.2023 (Sitzungsvorlage Nr. 20-26/V 11171) genehmigte Vorhaltemaßnahme Freiham Bahnhof umfasst ausschließlich die Errichtung von Schlitzwand- und Deckelbauteilen in Stahlbetonausführung. Gleichzeitig werden die erforderlichen Dükeranlagen zur Aufrechterhaltung der Grundwasserströmungen hergestellt.

Der Aushub unter dem Deckel, die Herstellung der Sohlplatte sowie der weitere Ausbau erfolgen erst beim späteren Bau der Gesamtstrecke. Das bedeutet, dass nach Abschluss der Vorhaltemaßnahme keine nutzbaren Räumlichkeiten oder Ebenen entstehen, die für die von Ihnen vorgeschlagenen kreativen Zwischennutzungen bis zum Weiterbau der U-Bahn, geeignet wären. Das Bauwerk besteht dann lediglich aus den äußeren Umfassungswänden (Schlitzwände) und dem Deckel, während der Innenraum mit Erdreich verfüllt bleibt. Eine Zwischennutzung ist aufgrund der baulichen Gegebenheiten technisch nicht möglich.

Um Kenntnisnahme der vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass der Antrag damit abschließend behandelt ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Mittwoch, 10. Dezember 2025

Seidlvilla für alle: Die „Nachbarschaft Schwabing“ und ihr wertvolles Ehrenamt langfristig sichern!
Antrag Stadtrats-Mitglieder Leo Agerer, Delija Balidemaj, Beatrix Burkhardt, Michael Dzeba, Hans Peter Mehling und Thomas Schmid (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER), Nimet Gökmenoğlu, Ursula Harper, Gunda Krauss, Sofie Langmeier, Clara Nitsche, Florian Schönemann und Andreas Voßeler (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste – Volt), Roland Hefter, Anne Hübner, Lars Mentrup, Julia Schmitt-Thiel und Julia Schönfeld-Knor (SPD-Fraktion)

Die Baustelle nach der Baustelle am Platz vor dem Museum Lichtspiele
Anfrage Stadtrat Manuel Pretzl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER)

Welche Auswirkungen hat die erneute Verzögerung von S/4HANA bei der LHM?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Leo Agerer, Sabine Bär, Dr. Michael Haberland, Hans Hammer, Hans-Peter Mehling und Thomas Schmid (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER)

Standort des Alten- und Service-Zenter Laim sinnvoll festlegen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Andreas Babor, Delija Balidemaj, Alexandra Gaßmann und Hans-Peter Mehling (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER)

Schulgelände an der Zschokkestraße rechtzeitig entwickeln!
Antrag Stadtrats-Mitglieder Alexandra Gaßmann und Hans-Peter Mehling (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER)

Ein Solarradweg für die Heidemannstraße
Antrag Stadtrats-Mitglieder Mona Fuchs, Gunda Krauss, Sofie Langmeier, Mo Lüttig, Gudrun Lux, Florian Schönemann, Christian Smolka und Felix Sproll (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste – Volt)

Parkchaos bei Baustellen vermeiden: Konzept für temporäre Lösungen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Verena Dietl, Anne Hübner, Stefanie Krammer, Barbara Likus, Lars Mentrup und Andreas Schuster (SPD-Fraktion)

Stadtrat

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für die nachfolgenden Anträge und Anfragen liegt bei den jeweiligen Stadtratsmitgliedern. Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Wahlbeeinflussung durch den Personalrat?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Prof. Dr. Jörg Hoffmann, Gabriele Neff, Richard Progl und Fritz Roth (FDP BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion)

Verschleierung geplanter Einsparmaßnahmen – droht eine bewusste Täuschung der Wähler*innen vor der Kommunalwahl 2026?
Anfrage Stadtrat Stefan Jagel (Die Linke / DIE PARTEI Stadtratsfraktion)

Unterstützung von Vereinen, Verbänden, Organisationen und Initiativen
Anfrage Stadtrat Dirk Höpner (München-Liste)

Planungskosten projektweise erfassen – Ausgabenkontrolle verbessern
Antrag Stadtrat Dirk Höpner (München-Liste)

Stadtrat

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für die nachfolgenden Anträge und Anfragen liegt bei den jeweiligen Stadtratsmitgliedern. Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

SPD
FRAKTION
IM MÜNCHNER
STADTRAT

DIE GRÜNEN
ROSA LISTE Volt
Stadtratsfraktion München

CSU
FREIE WÄHLER
Fraktion im Münchner
STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 10.12.2025

Seidlvilla für alle: Die „Nachbarschaft Schwabing“ und ihr wertvolles Ehrenamt langfristig sichern!

ANTRAG

Das Kulturreferat wird beauftragt, im Zuge der Verfeinerung eines Betriebskonzeptes mit dem zukünftigen Träger des Stadtteilkulturhauses Seidlvilla folgende Punkte sicherzustellen:

1. **Integration der Nachbarschaft in das Betriebskonzept:**
Es ist vertraglich oder durch entsprechende Zielvereinbarungen zu regeln, dass die Initiative „Nachbarschaft Schwabing“ mit ihren rund 60 Gruppen und vielfältigen Angeboten weiterhin fester Bestandteil des Hauses bleibt. Den Ehrenamtlichen sind auch künftig verlässlich Räumlichkeiten für ihre Treffen und Kurse zur Verfügung zu stellen.

2. **Sicherung der Struktur:**
Das Kulturreferat wird gebeten, gemeinsam mit dem neuen Träger Konzepte zu erarbeiten, wie die notwendige organisatorische und koordinierende Struktur für die Nachbarschaft Schwabing erhalten bleiben kann.

3. **Finanzierungsprüfung:**
Über eine mögliche Finanzierung dieser organisatorischen Struktur ist nach der Findung des neuen Trägers und Abschluss des Zukunftssicherungsprozesses im Sozialreferat vor dem Jahresende 2026 gesondert zu berichten und dem Stadtrat ein Vorschlag zur Entscheidung vorzulegen.

A N T R A G

BEGRÜNDUNG

Die Seidlvilla ist mehr als nur ein Gebäude; sie ist das soziokulturelle Herz von Schwabing. Ein wesentlicher Bestandteil dieses Herzschlags ist seit Jahrzehnten die „Nachbarschaft Schwabing“. Mit über 60 unterschiedlichen, niedrigschwelligen Angeboten – von Krabbelgrubben über Seniorentre□s bis hin zu kreativen Zirkeln – leistet diese Initiative unverzichtbare Arbeit für den sozialen Zusammenhalt im Viertel.

Aktuell ist dieses über Jahrzehnte gewachsene Ökosystem bedroht. Durch den anstehenden Trägerwechsel steht zu befürchten, dass die Basis wegbricht. Die vielen Ehrenamtlichen leisten viele Stunden unbezahlter Arbeit. Damit dies so gut weiter funktioniert wir bisher, möge die künftige Trägerin Raum und Zeit und auch organisatorische Unterstützung zur Verfügung stellen, damit die Ehrenamtlichen in der Seidlvilla weiter wirken können. Fiele diese Struktur weg, droht der Zerfall der gesamten Nachbarschaft.

Die Nachbarschaft Schwabing ist ein wichtiger Beitrag zur sozialen Daseinsvorsorge: Die Angebote der Nachbarschaft Schwabing erreichen Menschen, die sonst durchs Raster fallen könnten. Vor allem auch angesichts der gestiegenen Lebenshaltungskosten. Ein Stadtteilkulturzentrum muss ein Ort sein, der auf allen Ebenen mit den Bürger*innen allen Alters in Kontakt kommt.

Die gewachsenen Strukturen der Nachbarschaft Schwabing müssen jetzt gerettet werden, denn einmal zerschlagene Netzwerke im Ehrenamt lassen sich nur mühselig über viele Jahre wieder aufbauen. Es muss daher ein wichtiges Ziel sein, im Übergang zum neuen Träger sicherzustellen, dass diese wertvolle Ressource für Schwabing nicht verloren geht.

SPD-Fraktion
Lars Mentrup
Anne Hübner
Julia Schönfeld-Knor
Roland Hefter
Julia Schmitt-Thiel

Mitglieder des Stadtrates

Fraktion CSU mit Freie Wähler
Thomas Schmid
Leo Agerer
Beatrix Burkhardt
Michael Dzeba
Delija Balidemaj
Hans Peter Mehling

Mitglieder des Stadtrates

Fraktion Grüne / Rosa Liste / Volt
Ursula Harper
Andreas Voßeler
Sofie Langmeier
Gunda Krauss
Clara Nitsche
Nimet Gökmenoğlu
Florian Schönemann

Mitglieder des Stadtrates

ANTRAG

CSU-FW-Fraktion im Stadtrat | Tel.: 089 233 92650 | Fax: 089 233 92747 | csu-fw-fraktion@muenchen.de

ANFRAGE

An Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

10.12.2025

Die Baustelle nach der Baustelle am Platz vor dem Museum Lichtspiele

Erst vor wenigen Wochen wurde die Umgestaltung des Platzes vor dem Museum Lichtspiele in der Au nach langer Planungs- und Ausführungszeit fertig gestellt – nur, um dann, kurze Zeit später, für eine neue Baustelle wieder aufgerissen zu werden.
Dieses Vorgehen ist nicht nur für die Anwohnerinnen und Anwohner bzw. die Anrainer unverständlich und bedeutet neue Unannehmlichkeiten, sondern wirft auch Fragen nach der Baustellenplanung der Landeshauptstadt München (LHM) auf.
Dazu kommt, dass die die Anwohnerinnen und Anwohner bzw. die Anrainer unseres Wissens nicht über die erneut anstehende Baustelle informiert wurden.

Deshalb frage ich den Oberbürgermeister:

1) Um was für eine Art der Baustelle handelt es sich hierbei (eine Eintragung in der Servicekarte Baustelle der LHM war zumindest am genauen Standort nicht zu finden [Stand: 10.12.2025, 09:00 Uhr])?

2) Angesichts dessen, dass der Beschluss zur Umgestaltung des Platzes schon im **September 2022** [Hervorhebung durch den Verfasser] gefasst wurde: Gab es keine Möglichkeit, die erneut entstandene Baustelle mit den vorherigen Arbeiten zu kombinieren, um die Auswirkungen auf das Umfeld möglichst klein zu halten?

3) Warum wurden die Anwohnerinnen und Anwohner nicht über die erneute Baustelle informiert, nachdem sie schon zuvor lange Zeit Beschwernisse zu erleiden hatten?

4) Entstehen der LHM durch die erneute Baustelle zusätzliche Kosten?

Manuel Pretzl
Fraktionsvorsitzender

CSU-FW-Fraktion im Stadtrat | Tel.: 089 233 92650 | Fax: 089 233 92747 | csu-fw-fraktion@muenchen.de

ANFRAGE

An Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

CSU FREIE WÄHLER Fraktion im Münchner STADTRAT

10.12.2025

Welche Auswirkungen hat die erneute Verzögerung von S/4HANA bei der LHM?

Im Jahr 2019 hat der Stadtrat die Umstellung der städtischen Finanz- und Logistikprozesse auf SAP S/4HANA beschlossen, da das bislang verwendete SAP-System absehbar durch den Hersteller nicht mehr unterstützt werden wird.[1] Neben der reinen Systemmigration wurden auch Prozessoptimierung und Automatisierungen in Aussicht gestellt, die zu deutlichen Effizienz- und absehbar auch Kostenvorteilen hätten führen sollen. Die ursprünglich für den 1.1.2023 geplante Inbetriebnahme[2] wurde seither mehrfach um jeweils ein Jahr verschoben.[3] Durch die letztmalige dem Stadtrat bekannt gegebene Verschiebung des Starts auf den 1.1.2026 kam es zu erneuten Mehrkosten in Höhe von mindestens 25.000.000 €.[4] Nun wurde von der IT-Referentin und dem Stadtkämmerer den Mitarbeitern der Stadtverwaltung eine erneute Verschiebung um ein Jahr angekündigt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Oberbürgermeister:

1. Warum ist erneute Verschiebung des Starts notwendig? Wer hat diese zu verantworten?
2. Welche Mehrkosten entstehen durch die erneute Verschiebung?
3. Welche Mehrkosten sind im Vergleich zum ursprünglichen Beschluss durch die wiederholten Verschiebungen und entgangene Effizienzgewinne bzw. Einsparungen entstanden?

[1] https://risi.muenchen.de/risi/sitzungsvorlage/detail/5280003?dokument=v5289326
[2] https://risi.muenchen.de/risi/sitzungsvorlage/detail/5639977?dokument=v5665772
[3] Verschiebung auf den 1.1.2024: https://risi.muenchen.de/risi/sitzungsvorlage/detail/6595929?dokument=v6676157; Verschiebung auf den 1.1.2025: https://risi.muenchen.de/risi/sitzungsvorlage/detail/7579673
[4] https://risi.muenchen.de/risi/sitzungsvorlage/detail/8600987?dokument=v8714555

4. Welche Auswirkungen hat die erneute Verschiebung auf Bürgerinnen und Bürger, Geschäftspartner sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeshauptstadt München?
5. Ist eine Einführung 2027 wirklich gesichert?

Sabine Bär (Initiative)
Stadträtin

Dr. Michael Haberland
Stadtrat

Hans Hammer
Stadtrat

Leo Agerer
Stadtrat

Thomas Schmid
Stadtrat

Hans-Peter Mehling
Stadtrat

CSU-FW-Fraktion im Stadtrat | Tel.: 089 233 92650 | Fax: 089 233 92747 | csu-fw-fraktion@muenchen.de

ANTRAG

An Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

10.12.2025

Standort des Alten- und Service-Zenter Laim sinnvoll festlegen

Das Sozialreferat wird aufgefordert, den neuen Standort des Alten- und Service-Zentrums (ASZ) Laim im Rahmen des geplanten Umzugs aus dem Kiem-Pauli-Weg in das Neubaugebiet an der Westendstraße/Zschokkestraße zu planen. Eine Verlagerung an den vom Planungsreferat zuletzt vorgestellten alternativen Standort Westendstraße/Barmer Straße wird verworfen.

Begründung

Die geplante Verlagerung des ASZ Laim an der Ecke Zschokkestraße/Ecke Westendstraße ist aus verkehrstechnischen und sozialen Gesichtspunkten von großer Bedeutung. Hier wird mit Tram-, Bus- als auch U-Bahn-Haltestellen eine optimale Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr, geboten. Dies stellt sicher, dass auch senioren- und mobilitätseingeschränkte Bürgerinnen und Bürger des Stadtteils problemlos Zugang zu den Angeboten des ASZ haben.
Im Gegensatz dazu ist die vom Planungsreferat vorgestellte Möglichkeit nicht geeignet, um den Bedürfnissen der Senioren und Seniorinnen gerecht zu werden. Viele von ihnen haben eingeschränkte Mobilität und benötigen daher kurze Wege sowie eine gute Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr. Eine Lage am an der Westendstraße/Barmer Straße würde diese Anforderungen nicht ausreichend erfüllen und könnte zu einer Isolation der betroffenen Menschen führen.
Die Verlagerung des ASZ an die Westendstraße/Zschokkestraße unterstützt nicht nur die Mobilität der Seniorinnen und Senioren, sondern fördert auch die Integration und Teilhabe dieser wichtigen Bevölkerungsgruppe am gesellschaftlichen Leben in München. Diese Örtlichkeit liegt deutlich näher an wichtigen Verkehrsadern und alltäglichen Anlaufpunkten als der vom Planungsreferat zuletzt ins Gespräch gebrachte Standort Westendstraße/Barmer Straße.

Alexandra Gaßmann (Initiative)
Stadträtin

Delija Balidemaj
Stadtrat

Andreas Babor
Stadtrat

Hans-Peter Mehling
Stadtrat

CSU-FW-Fraktion im Stadtrat | Tel.: 089 233 92650 | Fax: 089 233 92747 | csu-fw-fraktion@muenchen.de

ANTRAG

An Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

10.12.2025

Schulgelände an der Zschokkestraße rechtzeitig entwickeln!

Das Referat für Bildung und Sport wird beauftragt, die neuen Schulgebäude an der Zschokkestraße so rechtzeitig fertigzustellen, dass die Schulversorgung zu dem Zeitpunkt sichergestellt ist, an dem die ersten Familien in die 800 neu zu errichtenden Wohnungen einziehen. Angesichts der Kapazitätsauslastung der umgebenden Grundschulen ist die Kapazität der neuen Schule so zu planen, dass eine gleichmäßige und tragfähige Sprengelbildung möglich wird.

Begründung

Die schulische Infrastruktur insbesondere im Bereich der Grundschulversorgung rund um das Neubaugebiet an der Zschokkestraße ist bereits überlastet. Wenn weitere 800 Wohneinheiten zusätzlich errichtet werden, bedeutet dies eine erneute Belastung, wenn die geplante Schule nicht rechtzeitig in Betrieb gehen kann. Die neue Schule muss so geplant und gebaut werden, dass die bestehenden Schulen bei einer Sprengeländerung entlastet werden. Dies trägt zu einem besseren Lehr- und Lernklima, mithin zu mehr Bildungsgerechtigkeit, bei. Als Grundsatz muss stets gelten, dass die schulische Infrastruktur da ist, wenn die Schülerinnen und Schüler einziehen.

Alexandra Gaßmann (Initiative)
Stadträtin

Hans-Peter Mehling
Stadtrat

DIE GRÜNEN
ROSA LISTE Volt
Stadtratsfraktion München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 10.12.2025

Ein Solarradweg für die Heidemannstraße

Antrag
Die SWM werden gebeten, die neuen Rad-/Gehwege auf der nördlichen und südlichen Seite der Heidemannstraße mit Solarmodulen zu überdachen. Optimalerweise sollen direkt vor Ort (städtische) Abnehmer für den dort gewonnen Strom gefunden werden, beispielsweise die Schulen in Neufreimann. Die Schule würde dann direkt von dem günstig erzeugten Strom, bzw. niedrigem Strompreis ohne vorherige Einspeisung ins übergeordnete Stromnetz profitieren können.

Begründung:
Der Einsatz von Photovoltaik auf Radwegen hat bereits in Freiburg überzeugende Ergebnisse gezeigt. Dort werden am Rand des Messegeländes die Labore des Fraunhofer-Instituts mit der durch den Solarradweg erzeugten Energie versorgt. Ein vergleichbares Konzept könnte auch in der Heidemannstraße umgesetzt werden. Die gewonnene Solarenergie könnte insbesondere für die nahe gelegenen Schul- und Bildungseinrichtungen genutzt werden. Darüber hinaus würden die installierten Solarmodule an heißen Sommertagen einen angenehmen Schatten auf dem Radweg spenden und so die Aufenthalts- und Nutzungsqualität erhöhen.

Fraktion Die Grünen/Rosa Liste/Volt
Initiative:
Florian Schönemann
Gudrun Lux
Mona Fuchs
Sofie Langmeier
Christian Smolka
Felix Sproll
Mo Lüttig
Gunda Krauss
Mitglieder des Stadtrates

SPD
FRAKTION
IM MÜNCHNER
STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 10.12.2025

Parkchaos bei Baustellen vermeiden: Konzept für temporäre Lösungen

A N T R A G

ANTRAG

Das Mobilitätsreferat wird zusammen mit dem Baureferat und in Abstimmung mit den Stadtwerken München beauftragt, bis vor der Sommerpause 2026 ein Konzept zu entwickeln, das bei einem oder mehreren zeitgleichen Bauvorhaben, die in Summe zu erheblichem Stellplatzwegfall im öffentlichen Straßenraum führen, temporär Abhilfe schafft.

Ziel des Konzepts ist es, Konflikte und Beeinträchtigungen für Anwohner*innen und Verkehrsteilnehmer*innen zu minimieren.

Das Konzept soll mindestens folgende Elemente enthalten:

a) Standardisierte Prüfkriterien zur Identifikation betroffener Baustellenkonstellationen mit relevantem Stellplatzwegfall, einschließlich der Definition eines räumlichen Betrachtungsbereichs
b) Verbindliche Mindestanforderungen an Information und Kommunikation gegenüber Anwohner*innen und Öffentlichkeit
c) Ein Verfahren zur Ermittlung und Bereitstellung alternativer Stellplatzmöglichkeiten, dabei gegebenenfalls Einbindung privater und öffentlicher Flächen
d) Regelungen zur Finanzierung und Kostenübernahme der temporären Maßnahmen unter besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit

BEGRÜNDUNG

Wenn durch Baustellen zeitgleich hunderte Stellplätze im öffentlichen Straßenraum wegfallen – wie derzeit in Laim mit 400 Stellplätzen – entstehen für Anwohner*innen, Gewerbetreibende und den Wirtschaftsverkehr erhebliche Belastungen. Bei solchen Konstellationen braucht es im Vorfeld koordinierte Lösungen, die Konflikten vorbeugen.

Wir wollen Situationen verhindern, in denen Fahrzeuge – teils widerrechtlich – so in angrenzenden Wohnstraßen abgestellt werden, dass sie ganze Straßenzüge für Müllabfuhr, Rettungsdienst oder Lieferverkehr blockieren oder Menschen nicht mehr sicher auf Gehwegen vorankommen, gerade mit Kinderwagen, Rollstuhl oder Rollator.

Niemand hat einen rechtlichen Anspruch auf einen bestimmten Stellplatz im öffentlichen

SPD
FRAKTION
IM MÜNCHNER
STADTRAT

ANTRAG

Raum. Anwohner*innen und Gewerbetreibende benötigen verlässliche Information und praktikable Alternativen, wenn über Monate hinweg Stellplätze wegfallen.

Wir gehen davon aus, dass entsprechende Abstimmungen und Maßnahmen im Rahmen des bestehenden Baustellenmanagements grundsätzlich bereits erfolgen; zur Klarstellung und Vereinheitlichung soll nun ein eigenes Konzept vorgelegt werden.

Praktische Maßnahmen können u.a. sein:
Verbesserte Information und Kommunikation: Die betroffenen Anwohner*innen werden im Rahmen des Baustellenmanagements (z.B. durch Informationsschreiben und digitale Informationsangebote) frühzeitig umfassend informiert und darauf hingewiesen, vorhandene private Stellplatzmöglichkeiten (z.B. Garagen, Tiefgaragen) vorrangig zu nutzen. Alternative Parkmöglichkeiten (z.B. Parkhäuser, Park-&-Ride-Anlagen, temporäre Ersatzflächen) werden benutzerfreundlich dargestellt mit Angaben zu Lage, Erreichbarkeit und ÖPNV-Anbindung.

Kooperation mit privaten Flächenanbietern: Mit Eigentümer*innen größerer privater Stellplatzanlagen (z.B. Supermärkte und weitere Gewerbebetriebe) werden Gespräche geführt, um freiwillige Vereinbarungen über zeitweise Mitnutzung außerhalb der Betriebszeiten zu prüfen. Dabei ist sicherzustellen, dass betriebsnotwendige Flächen freigehalten bleiben und Haftungsfragen privatrechtlich geregelt werden.

Die Maßnahmen können als fester Bestandteil des bestehenden Baustellenmanagements integriert werden, in dessen Rahmen ohnehin Zufahrtswege, Ver- und Entsorgung sowie Beschilderung mit dem Baulastträger geklärt werden. Baustellen sollen so kurz wie möglich gehalten werden und große Bauvorhaben so geplant werden, dass alle notwendigen Arbeiten koordiniert durchgeführt werden.

Denn für eine Mobilitätswende, die den Menschen einen leistungsfähigen und attraktiven ÖPNV bietet und (Straßen-) Räume gerecht verteilt, sind Baustellen erforderlich. Für eine höhere Akzeptanz müssen wir sicherstellen, dass während der Bauphase der fließende wie der ruhende Verkehr weiterhin funktionieren.

SPD-Fraktion
Verena Dietl
Anne Hübner
Andreas Schuster
Barbara Likus
Lars Mentrup
Stefanie Krammer
Mitglieder des Stadtrates

MITGLIEDER IM STADTRAT DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Prof. Dr. Jörg Hoffmann
Gabriele Neff
Fritz Roth
Richard Progl

FDP BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

10.12.2025

Anfrage
Wahlbeeinflussung durch den Personalrat?

Ein städtischer Personalrat hat kürzlich sog. „Wahlprüfsteine“ an die Stadtratsfraktionen mit der Bitte um Beantwortung geschickt. Es handelt sich um sehr konkrete, spezifische Fragen zur Arbeit und Ausstattung eines Referats.
Als Begründung für die Fragen schreibt der Personalrat „damit sich die Beschäftigten ein Bild von den Positionen der verschiedenen Wahlwerber“ machen können – jeder Wähler hat die Möglichkeit, sich umfassend privat über die Programme der antretenden Parteien zu informieren – ganz ohne Vorgaben des Arbeitgebers.
Es entsteht der Eindruck, der Personalrat möchte gezielt politischen Druck ausüben zu Gunsten eines Referats und seinen Mitarbeitern nahelegen, welche Wahlentscheidung am vorteilhaftesten wäre. Durch mehrere Formulierungen werden Referate gegeneinander ausgespielt und insbesondere die Arbeit der Kämmerei negativ dargestellt.
Suggestiv-Formulierungen zeigt eine Richtung auf, wie die Antworten auszufallen haben, um dem Fragesteller zu gefallen. Der vorangestellte „Standpunkt“ des Fragestellers gibt quasi eine „Musterlösung“ vor. Die „Wahlprüfsteine“ ignorieren dabei die Verantwortung des Stadtrats für die gesamte Stadt, für alle Bevölkerungsgruppen und die finanziellen Rahmenbedingungen des städtischen Haushalts.
Die Gesamtheit der Fragen wirkt zugeschnitten auf eine parteipolitische Wahlempfehlung – überschreitet der Personalrat hier seine Kompetenzen und seine Aufgaben?

Wir fragen daher den Oberbürgermeister:

1. Ist der Stadtspitze das Schreiben des Personalrats bekannt? Wie wertet der Oberbürgermeister dieses Engagement eines Teils der städtischen Belegschaft?
2. Ist der Leitung des angesprochenen Referats das Schreiben bekannt? Wurde es mit ihr abgestimmt und / oder ist es in Zusammenarbeit mit ihr entstanden?
3. Wie ist die rechtliche Einschätzung des Schreibens? Verstößt es gegen etwaige parteipolitische Neutralitätspflichten o. Ä.? Ist es Aufgabe eines Personalrats, Wahlempfehlungen zu geben?
4. Das Schreiben richtet sich explizit an die Stadtratsfraktionen, nicht an Parteien. Dürfen die Fraktionen die Fragen beantworten, obwohl im Rathaus Parteiarbeit verboten ist?

Stadträte: **Prof. Dr. Jörg Hoffmann** (Fraktionsvorsitzender)
Gabriele Neff (stellv. Fraktionsvorsitzende)
Fritz Roth
Richard Progl

An den Oberbürgermeister
Herr Dieter Reiter
80331 München

Die Linke
Die PARTEI
Stadtratsfraktion München

München, 10. Dezember 2025

Anfrage

Verschleierung geplanter Einsparmaßnahmen – droht eine bewusste Täuschung der Wähler*innen vor der Kommunalwahl 2026?

Nach derzeitigen Informationen arbeitet die Stadtverwaltung zusammen mit einem externen Beratungsunternehmen (PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH) an umfassenden Einsparungen, die zahlreiche Referate betreffen könnten. Gleichzeitig verdichten sich Hinweise, dass die entscheidenden Streichlisten nicht vor der Kommunalwahl 2026 veröffentlicht werden sollen. Es entsteht der Eindruck, dass die Öffentlichkeit und der Stadtrat bewusst im Unklaren gelassen werden und dass massive Einschnitte vorbereitet werden, ohne die Münchner*innen rechtzeitig darüber zu informieren.

Die Vorbereitung eines großflächigen Kürzungskatalogs hinter verschlossenen Türen – und die geplante Veröffentlichung erst nach der Kommunalwahl – birgt nicht nur die Gefahr eines massiven Vertrauensverlustes, sondern stellt auch die Fairness des demokratischen Prozesses in Frage. Wenn die Stadt weitreichende Einschnitte plant, müssen diese vor einer Wahl offengelegt werden, damit die Bürger*innen eine informierte Entscheidung treffen können. Ein Verschweigen solcher Maßnahmen wäre politisch unverantwortlich und demokratisch nicht hinnehmbar.

Bereits Anfang 2023 hatte der Oberbürgermeister die hohen Kosten für Beraterfirmen moniert.[1] Doch hat dies wirklich zu Konsequenzen geführt?

Es braucht volle Transparenz, offene Diskussionen und die klare Verpflichtung, damit soziale, kulturelle und zivilgesellschaftliche Angebote nicht kurzfristig gedachtem Sparzwang zum Opfer fallen.

[1] https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/muenchen/muenchen-oberbuergermeister-dieter-reiter-interview-beschwerde-vorankommen-e766228/

Stadtratsfraktion
Die Linke / Die PARTEI
dielinke-diepartei@muenchen.de
Telefon: 089/233-25 235
Rathaus, 80331 München

Vor diesem Hintergrund bitten wir daher den Oberbürgermeister, folgende Fragen zu beantworten:

1. In welchen Referaten und Abteilungen war die Beratungsfirma bereits aktiv?
2. Welche konkreten Streichvorschläge hat die Beratungsfirma gemacht (Bitte nach jeweiligen Referaten aufschlüsseln)?
3. Aus welchem politischen oder verwaltungsinternen Grund sollen diese Einsparpakete erst nach der Kommunalwahl öffentlich werden?
4. Wie werden die Ergebnisse der Beratungsfirma verwaltungsintern kommuniziert und werden die Beschäftigten mit eingebunden?
5. Wie rechtfertigt die Kämmerei eine Vorgehensweise, die den Eindruck erweckt, unangenehme Entscheidungen bewusst zu verschieben, um keine negativen Auswirkungen auf den Wahlkampf zu riskieren?
6. Welche freiwilligen Leistungen – insbesondere in Kultur, Sozialem, Jugend, Umwelt und Mobilität – stehen auf der Liste der möglichen Einsparungen?
7. Wie soll verhindert werden, dass jahrelang aufgebaute Strukturen zerstört werden, deren Wiederherstellung später ein Vielfaches kosten würde?
8. Wie bewertet die Kämmerei den Vorwurf, die Bürger*innen sollen bewusst ohne vollständige Informationen über die finanzpolitischen Absichten der Verwaltung und der Rathauskoalition in die Wahl gehen?
9. Warum werden zentrale Informationen, die für die Wahlentscheidung wesentlich sind, dem Stadtrat und der Öffentlichkeit vorenthalten?
10. Welche konkreten Auswirkungen auf Beratungsstellen, Jugendzentren, Kulturprojekte und soziale Infrastruktur erwartet die Verwaltung bei Umsetzung der internen Einsparvorschläge durch die PD?
11. Welche Maßnahmen zur Einnahmesteigerung wurden geprüft, bevor grundlegende soziale und kulturelle Angebote infrage gestellt wurden?
12. PD ist in der Vergangenheit auch schon dadurch aufgefallen, dass sie Rahmenverträge mit McKinsey, Roland Berger und der Boston Consulting Group besitzt, diese als Subunternehmer einsetzt und somit als *„Drehscheibe"* dient, um die öffentliche Ausschreibung von Beratungsverträgen zu umgehen[2]. Wie wird von der Kämmerei sichergestellt, dass keine Subunternehmer eingesetzt werden?
13. Wie viel Geld hat die Beratungsfirma bis Datum heute mit der Kämmerei abgerechnet und wie viel Geld enthält PD noch?

[2] https://www.capital.de/wirtschaft-politik/wehrressort-verschweigt-bundestag-heikle-beraterauftraege?article_onepage=true

Stadtratsfraktion
Die Linke / Die PARTEI
dielinke-diepartei@muenchen.de
Telefon: 089/233-25 235
Rathaus, 80331 München

Fraktion Die Linke / Die PARTEI

Initiative:
Stadtrat Stefan Jagel

Stadtratsfraktion
DIE LINKE. / Die PARTEI
dielinke-diepartei@muenchen.de
Telefon: 089/233-25 235
Rathaus, 80331 München

München-Liste

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 10.12.2025

Anfrage: Unterstützung von Vereinen, Verbänden, Organisationen und Initiativen

Die Stadt München unterstützt Vereine, Verbände und sonstige Organisationen und Initiativen durch finanzielle und sonstige Zuwendungen. Damit leistet sie oft einen wertvollen Beitrag dazu, dass Ehrenamtliche sinnvolle und wichtige Aufgaben erfüllen können. Beispiele hierfür gibt es zahlreich.

Ohne Ehrenamtliche, die staatliche bzw. kommunale Aufgaben übernehmen, würden z.B. der Natur-, Tier- oder Artenschutz (z.B. Biotoppflege, Amphibienrettung, Erhalt von Natur in der Stadt) nicht mehr funktionieren.

Es gibt die Kulturförderung durch das Kulturreferat[1] (auch kleinere Beträge, z.B. Mietzuschüsse für Musikproberäume)[2], und Sportvereine werden teils großzügig gefördert (‚Richtlinien der LHM zur Förderung des Sports').[3] Beim Tennisclub Iphitos hat eine sehr großzügige Förderung sogar für einen öffentlichen Aufschrei gesorgt.[4]

Andererseits werden aber Ehrenamtliche nicht unterstützt, die sich sehr engagieren und Unterstützung gut gebrauchen könnten.

Aufgrund der prekären Haushaltslage der Stadt wäre es gut, einen Gesamtüberblick zu haben über sämtliche städtische Unterstützungsmaßnahmen für Vereine, Verbände und sonstige Organisationen und Initiativen.

Daran knüpft sich die Frage, wo bei der Vergabe Kriterien und Prozesse ggf. verbessert bzw. optimiert werden könnte, wo Unterstützung aktuell nicht mehr sinnvoll ist und wo stattdessen Unterstützung angezeigt wäre.

Ein Gesamtüberblick wäre daher wichtig. Listen mit den Empfängern von Zuschüssen werden soweit uns bekannt nur bei den jeweils zuständigen Referaten geführt.

Wir bitten um Beantwortung folgender Fragen:

1. Gibt es eine referatsübergreifende, stadtweite Gesamtübersicht aller Vereine, Verbände, Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen (z.B. Künstler/Musiker für Probe- oder Ausstellungsräume), die Zuschüsse oder sonstige Zuwendungen und Unterstützungsmaßnahmen von der Stadt München erhalten?

[1] https://stadt.muenchen.de/infos/foerderkriterien-kultur.html
[2] https://stadt.muenchen.de/infos/mietzuschuesse-kultur.html
[3] https://stadt.muenchen.de/dam/jcr:f1e929d7-fcf0-4f97-814d-342714d38937/sportfoerderrichtlinien_neu_2024_.pdf
[4] https://www.br.de/nachrichten/bayern/stadionbau-eines-muenchner-tennis-proficlubs-sorgt-fuer-empoerung,UGyWTfL und https://www.br.de/nachrichten/bayern/muenchner-stadtrat-beschliesst-millionenfoerderung-fuer-tennisclub,UCr3Lwb und https://www.abendzeitung-muenchen.de/muenchen/millionen-foerderung-der-stadt-muenchen-fuer-tennisstadion-mitgliedschaft-im-club-kostet-tausende-euro-art-984780 und

Dirk Höpner (Stadtrat der München-Liste)
Schneeglöckchenstr. 66f – 80995 München
Mobil: 0171 8975697 – dirk.hoepner@muenchen-liste.de

2. Werden darin nicht nur
   a) direkte finanzielle Zuschüsse, günstige Darlehen, Übernahme von Bau- / Umbaukosten (Bsp. Tennisclub Iphitos[5]) oder Ähnliches aufgelistet, sondern z.B. auch
   b) die (besonders günstige, also nicht marktgerechte) Überlassung von Flächen oder Gebäuden (z.B. Gebühr für Sondernutzungsflächen der Internationalen Automobilausstellung IAA des Verbands der Automobilindustrie[6]),
   c) Mitarbeiterstunden durch Mitarbeiter der Stadtverwaltung oder städtischer Unternehmen zugunsten von Vereinen, Verbänden, Organisationen und Initiativen,
   d) Sachzuwendungen
   e) weitere, hier nicht genannte Unterstützungsmaßnahmen?
3. Wenn es eine solche Gesamtübersicht gibt, wer führt diese?
4. Wer kann diese Gesamtübersicht einsehen?
5. Falls sie nicht öffentlich einsehbar ist, warum nicht?
6. Wer entscheidet im Einzelnen,
   a) welche Unterstützungswünsche dem Stadtrat vorgelegt werden,
   b) welche Unterstützungswünsche auf dem Verwaltungsweg erledigt werden können,
   c) wer und mit wie viel bzw. auf welche Weise gefördert und unterstützt wird?
7. Wenn nicht der Stadtrat entscheidet – wer dann (also wer konkret, wenn z.B. auf dem Verwaltungsweg entschieden wird)?
8. Nach welchen Kriterien entscheidet sich, wer für die Entscheidung über Unterstützungsmaßnahmen zuständig ist?
   a) die Höhe des gewünschten Betrages (ist dieser referatsübergreifend einheitlich?)
   b) was noch?
9. Wer kontrolliert die Entscheidungen in Fällen, in denen der Stadtrat nicht befasst wird? Die jeweilige Referatsleitung?
10. Wie oft (a) und durch wen (b) wird kontrolliert, ob Fördermittel korrekt eingesetzt werden?
11. Wie oft (a) und durch wen (b) wird kontrolliert, ob eine Förderung noch sinnvoll ist?
12. Wem wird hierzu (Punkt 10 und 11) berichtet bzw. Rechenschaft abgelegt?

Wir bedanken uns im Voraus für Ihre Bemühungen!

Initiative: Dirk Höpner (Stadtrat der München-Liste)

[5] https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-tennisstadion-mttc-iphitos-foerderung-lux.EZsnag1roRSo1WbvHPcCwK
[6] https://risi.muenchen.de/risi/dokument/v/8818520

Dirk Höpner (Stadtrat der München-Liste)
Schneeglöckchenstr. 66f – 80995 München
Mobil: 0171 8975697 – dirk.hoepner@muenchen-liste.de

München-Liste

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 10.12.2025

Antrag: Planungskosten projektweise erfassen – Ausgabenkontrolle verbessern

Statt ausschließlich der produktorientierten Kostenerfassung soll zukünftig zumindest im Referat für Stadtplanung und Bauordnung zusätzlich (falls ausschließlich nicht möglich ist) die projektorientierte Kostenerfassung angewendet werden.

Begründung:

Die produktorientierte Kostenerfassung allein erlaubt es nicht festzustellen, wie hoch die Planungskosten für die einzelnen Stadtplanungs- und Bauprojekte wirklich sind.

Wir wissen z.B. nicht, was uns die jahrelange Neuplanung des Großmarkt-Areals gekostet hat, wo wir gerade wieder von vorn anfangen, weil der Investor uns im Stich gelassen hat.

Wir wissen nicht, was die Hochhaus-Türme ‚Paketpost' und die Paketposthalle die Stadt verwaltungsintern tatsächlich gekostet haben und weiterhin kosten werden. Das gilt auch für alle anderen großen Projekte.

Das Hauptproblem sind die Mitarbeiterstunden. Es wäre falsch zu glauben, der/die Mitarbeitende sei ja ‚eh da', also jeden Tag am Arbeitsplatz – koste also ‚gefühlt' nichts. Daher der im Projektmanagement bekannte, umgangssprachliche Begriff ‚Eh da-Kosten'.

Man muss sich aber klar machen, dass diese(r) Mitarbeitende an einem z.B. achtstündigen Arbeitstag auch etwas (im Nachhinein betrachtet) Konstruktiveres machen hätte können als z.B. die x-te vergebliche Planungsrunde des Großmarkts zu bearbeiten. Der bisherige monetäre Gegenwert für seine/ihre Arbeit (in leider unbekannter Höhe) wurde mit dem vom Stadtrat am 26.11.2025 beschlossenen nochmaligen Neustart quasi weggeworfen.

Es muss klar sein, was die Bearbeitung von Projekten *tatsächlich* kostet.

In Unternehmen ist die projektweise Kostenerfassung üblich, da nur so Projekte identifiziert werden können, die das Budget zu sprengen drohen. Nur so können diese rechtzeitig gestoppt werden.

Der Staat und die Kommunen müssten eigentlich genauso konsequent sein, da sie mit unser aller Geld wirtschaften. Steuermittel sind eine endliche Ressource. Die Stadt München ist hoch verschuldet und hat de facto kein Geld mehr, was spätestens nach der Kommunalwahl sicherlich zu weiteren Einschnitten führen wird, zusätzlich zu den bereits beschlossenen.

Die Umstellung auf eine korrekte Kostenerfassung ist sicherlich aufwendig, wird aber langfristig Kosten einsparen, weil wir zu teure Projekte dann frühzeitig erkennen können.

Initiative: Dirk Höpner (Stadtrat München-Liste)

Dirk Höpner (Stadtrat der München-Liste)
Schneeglöckchenstr. 66f – 80995 München
Mobil: 0171 8975697 – dirk.hoepner@muenchen-liste.de

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Mittwoch, 10. Dezember 2025

Fürstenrieder Straße: Ostfahrbahn befahrbar, Bus hält wieder in beide Richtungen an der Aindorferstraße
Pressemitteilung MVG

Die presserechtliche Verantwortung für die nachfolgenden Pressemitteilungen liegt jeweils bei der Beteiligungsgesellschaft, die sie herausgibt.

Pressemitteilung

10.12.2025

Fürstenrieder Straße: Ostfahrbahn befahrbar, Bus hält wieder in beide Richtungen an der Aindorferstraße

Herausgeber
Stadtwerke München GmbH
Pressestelle
Telefon: +49 89 2361-5042
E-Mail: presse@swm.de
www.swm.de

Redaktion
Pressereferent Bereich MVG
Maximilian Kaltner
Telefon: +49 89 2361-6042
E-Mail: presse@mvg.de
www.mvg.de

Die Stadtwerke München (SWM) treiben den Bau der Tram-Westtangente voran. Der Gleisbau im Abschnitt zwischen Ammersee- und Gotthardstraße ist so weit fortgeschritten, dass die Ostfahrbahn der Fürstenrieder Straße in diesem Bereich geöffnet werden kann.

Blick auf die Fürstenrieder Straße in Richtung Norden auf Höhe der Inderstorferstraße: rechts die asphaltierte Ostfahrbahn, in der Mitte das künftige Rasengleis. (Bild: Vogt ProjektCom)

Der Verkehr in Fahrtrichtung Norden wird am Freitag, 12. Dezember, auf die Ostseite verlegt. Noch bis Donnerstag, 11. Dezember, wird der Verkehr in beide Fahrtrichtungen auf der Westseite geführt.

Bus 51/151: Halt an Aindorferstraße in Richtung Laim ab Sonntag

Die Öffnung der Ostfahrbahn bedeutet auch eine Verbesserung für den Bus: Ab Sonntag, 14. Dezember, halten die Buslinien 51 und 151 in Richtung Laim wieder an der Bushaltestelle Aindorferstraße.

Die Überquerung der Fürstenrieder Straße an der Kreuzung mit der Gotthardstraße ist voraussichtlich im Januar wieder möglich.